

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Kioskbüchsen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. wöchentlich. Wochensatz 10 RM. Die Geschäftsstellen sind in allen größeren Städten zu finden. Einzelhefte 10 Pf. Die Geschäftsstellen sind in allen größeren Städten zu finden. Einzelhefte 10 Pf. Die Geschäftsstellen sind in allen größeren Städten zu finden. Einzelhefte 10 Pf.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Raumzeile 20 Kpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Raumeile im letzten Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Wochensatz 10 RM. Die Geschäftsstellen sind in allen größeren Städten zu finden. Einzelhefte 10 Pf. Die Geschäftsstellen sind in allen größeren Städten zu finden. Einzelhefte 10 Pf.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Ar. 82. — 86. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 7. April 1927

## Das neue Strafrecht.

Die Beratungen des Reichsrats gehören nicht gerade zu der Reihe kurzweiliger Ereignisse und die Materie selbst, die er in seiner diesmaligen Sitzung am Dienstag zu behandeln hatte, war der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches, was man auch nicht gerade als einen übermäßig leidigen Stoff bezeichnen mag. Aber interessant ist er immerhin. In vieljähriger Arbeit hat die Kommission zur Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches und dann das Reichsjustizministerium den Entwurf fertiggestellt und die zuständigen Ausschüsse des Reichsrats haben auch zwei Jahre dazu gebraucht, um den Gesetzentwurf durchzubearbeiten.

Nun hat die Vollendung des Reichsrats stattgefunden und dort ist es bei einigen sehr entscheidenden Fragen des künftigen Strafrechts zu eigenartigen Abstimmungen gekommen. Da ist zunächst einmal die Todesstrafe; ein paar Länder hatten deren Streichung beantragt, blieben aber damit in hoffnungsloser Minderheit, weil sich auch die preussische Regierung gegen diesen Antrag erklärte. Hamburg, von dem der Antrag ausging, hat überhaupt verschiedene Absichten gehabt, die zum Teil sehr unklar sind, so z. B. die praktische Straflosigkeit der Abtreibung sowie des Ehebruchs, ferner einige andere weitgehende Strafmilderungen bei Verbrechen ähnlicher Art. Preußen seinerseits ging nun mit besonderer Energie gegen die Beibehaltung der Festungsstrafe vor, die in dem neuen Strafgesetzbuch als „Einschließung“ und damit als besondere Straftat beibehalten werden soll. Da haben aber die preussischen Provinzialvertreter zum großen Teil gegen den preussischen Regierungsantrag gestimmt, so daß er abgelehnt wurde, ein Schicksal, das er noch mit einem anderen, nämlich dem von der Preussenregierung gestellten Antrag teilte. Preußen wollte nämlich den ganzen Abschnitt des Strafgesetzbuches gestrichen wissen, der vom Zweitem paragrafen bis zum vierundzwanzigsten paragrafen über die Verbrechen an anderen Stellen des Gesetzbuches verhindert werden.

Man sieht, daß in der Beratung allerhand politische Erwägungen eine starke Rolle spielen. Das wurde auch bei der Beschlußfassung über jenen Paragraphen des Strafgesetzbuches deutlich, der vom sogenannten Wahlrecht handelt. Hier beantragte Preußen nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den sogenannten gesellschaftlichen Vorkampf als Folge einer politischen Wahl oder Abstimmung unter Strafe zu stellen, ein Antrag, der Annahme fand, obwohl auch hier wieder die Vertreter von vier preussischen Provinzen dagegen stimmten. Diese Anregung rührt an verschiedene Vorkommnisse aus den letzten Jahren an. Am politisch interessantesten wurde aber die Erwägung, als der preussische Antrag zur Beratung stand, die beiden bisher im Republikentwurf festgelegten Bestimmungen über die Beschimpfung der Verfassungsmächtigen Staatsform und die Verfolgung staatsfeindlicher Verbindungen sollten auch in den neuen Entwurf übernommen werden. Dazu erklärte Baden, es werde für den preussischen Antrag stimmen, wenn nicht sofort die Reichsregierung die bestimmte Erklärung abgeben könne, daß sie in einem Nachtrag zum Strafgesetzentwurf die von Preußen beantragte Übernahme jener Bestimmungen verwirklichen würde. Nun hatte das Reichskabinett bisher von einer Einfügung dieser neuen Bestimmungen in den Entwurf abgesehen, weil man sich über die Frage der Verlängerung des Republikentwurfes überhaupt noch nicht schlüssig geworden ist. Der Reichsjustizminister Herzig erklärte im Reichsrat, er hätte die Erwägung dieses Punktes um einige Tage zurückstellen, damit das Reichskabinett Gelegenheit habe, zu der obigen Anfrage Stellung zu nehmen. Diesem Ersuchen wurde stattgegeben und die Erwägung der zweiten Lesung bis zur nächsten Woche verschoben.

Bekanntlich hat der preussische Ministerpräsident Brauns schon vor einiger Zeit einen Brief an die Reichsregierung geschrieben mit der Anfrage, wie sie sich zur Verlängerung des Republikentwurfes, das am 21. Juli 1926 außer Kraft tritt, eigentlich stellen wolle. Das Reichskabinett hat hierauf eine Antwort erteilt, in der erklärt wurde, es seien darüber noch keine Beschlüsse gefaßt worden. Diese höflich-diplomatische Antwort an Brauns hat diesen nun offenbar veranlaßt, sein Ziel auf anderem Wege zu erreichen, und er scheint sich dabei der Unterstützung Badens versichert zu haben. Auf diese Weise erklärt sich das preussisch-badische Vorgehen im Reichsrat, das zugleich die Streitfragen voneinander trennt. Werden nämlich jene oben angeführten Bestimmungen des Republikentwurfes in das Strafgesetzbuch übernommen, so bleibt als einziger wesentlicher Punkt des Republikentwurfes eigentlich nur noch die Bestimmung über das Ausbürgerungsrecht gegenüber Mitgliedern ehemals regierender Familien. Ob das angesichts der bekannten Erklärung des früheren Kaisers dann überhaupt noch von Bedeutung ist, erscheint fraglich.

## Der russisch-nordchinesische Konflikt.

### Rußlands Botschaft in Peking besetzt.

Verhaftung des Geschäftsträgers der Sowjetunion.

Ein Vorgang, der leicht zu einer unübersichtlichen neuen Komplizierung und Verschärfung der Lage in China führen kann, wird aus Peking bekannt. Dort drangen etwa 100 Soldaten Tschangsolins, des Befehlshabers von Peking, begleitet von bewaffneter Polizei, gewaltsam in die Botschaft der Sowjetrepublik ein. Ein Schuß fiel, darauf wurde ein Russe aus dem Gebäude hinausgeworfen, gefesselt und in einem Automobil fortgeschafft. Bis jetzt wurden etwa sechs Russen und zwanzig Chinesen zur Polizeiwache gebracht. Ein Maschinengewehr, fünfzehn Gewehre und zahlreiche Munition wurden in der Botschaft beschlagnahmt. Der Geschäftsträger der Sowjetunion und andere Beamte der Botschaft sollen in ihren Amtszimmern in Haft gehalten werden. Die Truppen halten die ganze Botschaft besetzt. Die Kenter aus Peking weiter westlich, sollen die in der Sowjetbotschaft verhafteten Russen und Chinesen aufzuwickeln sein.

Weder an Berliner deutschen noch chinesischen amtlichen Stellen war bisher eine Bestätigung dieser Meldung zu erhalten.

### Keine Verschiffungen von Kriegswaffen in Deutschland.

Der Verband Deutscher Reederei in Hamburg und der Ostasiatische Verein haben den Beschluß gefaßt, keinerlei Verschiffungen von Kriegswaffen und Kriegsmunition, die zur Verwendung in China bestimmt sind, in deutschen Häfen oder auf deutschen Schiffen zu übernehmen.

Englische Berichte aus Moskau wissen zu melden, daß die Sowjetregierung sich auf einen Krieg vorbereitet. Jedenfalls hört man viel von außerordentlicher Tätigkeit in den Arsenalen und Munitionsfabriken. Man ist in London geneigt, an einen russischen Weltkrieg zur Unterwerfung der Kantone oder Marischal Feng zu glauben.

### Erklärung zur Konfordsfrage.

Vor der Abstimmung über die demokratische Entschließung gegen den Abschluß eines Konfords mit der Kurie gab Graf Westarp (Dn.) namens der Regierungsparteien folgende Erklärung ab:

„Die in der Entschließung der Demokraten behandelten Fragen sind von so weittragender Bedeutung und in ihren Einzelheiten noch so wenig geklärt, daß ihre Lösung durch beherrschbare, in ihren sachlichen Auswirkungen nicht übersehbare Formulierungen, wie sie in der Entschließung angewandt sind, nicht gefördert werden kann. Um einer sachlichen Stellungnahme für die Zukunft nicht vorzugreifen, lehnen die Regierungsparteien daher die vorliegende Entschließung ab, um so mehr, als es in dem gegenwärtigen Stadium der Beratungen unmöglich ist, in die notwendige eingehende Erörterung einzutreten.“

Die Entschließung wurde mit 226 gegen 185 Stimmen abgelehnt. Eine Ausschüßenschließung, die den Kunstwart zur selbständigen Reichsbehörde machen will, wurde gegen die Einsprüche abgelehnt. Die Demokratenentschließung am 26. März 10 % zu sparen, wurde gegen die Stimmen der Linken, des Bayerischen Bauernbundes und des Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftspartei) abgelehnt.

Angenommen wurde eine Ausschüßenschließung, die besondere Gesetzentwürfe für den Mittelkanal, den Oberrhein-Blauer-Kanal, den Ober-Spree-Kanal, den Redarkanal und den Donau-Main-Kanal verlangt. Ebenfalls zur Annahme gelangt eine andere Entschließung, die eine Nachprüfung der Pensionsgesetzgebung, eine Höchstpension und Anrechnung der Nebenbezüge, wenigstens bei hohen Pensionen, fordert.

## Deutschland in der Balkankommission.

### Ein neuer König von Albanien?

Die englische und die französische Regierung sind an die deutsche Regierung mit der Aufforderung herangetreten, sich an einer Kommission zur Beilegung des Balkankonfliktes zu beteiligen, die aus je einem militärisch-verständigen Vertreter der drei Regierungen zusammengesetzt ist. Der Zweck der Kommission ist, eine Lösung der bei den direkten Verhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien möglicherweise auftretenden Streitfragen durch eine Untersuchung an Ort und Stelle und eine sachlich objektive Berichterstattung zu fördern. Die deutsche Regierung hat prinzipiell ihre Zustimmung gegeben unter der Voraussetzung, daß Italien, Jugoslawien und Albanien sich mit dieser Maßregel einverstanden erklären und die Kompetenzen der Kommission genau festgelegt werden.

Die Belgrader Zeitung „Novosti“ veröffentlicht eine allerdings mit Vorsicht aufzunehmende Meldung aus Rom, wonach Mussolini sich mit der Absicht trage, ein Mitglied der montenegrinischen Dynastie zum König von Albanien zu machen, falls Ahmed Zogus Stellung unhaltbar werden sollte. Er wolle sich dadurch einen Stützpunkt für eine Einmischung auf dem Balkan schaffen. Jugoslawien habe angeblich um diese Pläne angefragt und darauf rechtzeitig die Dynastie Petrovitch abgelehnt. „Novosti“ bemerkt selbst, daß die Richtigkeit dieser Meldung bisher noch nicht festgestellt werden konnte.

Es folgte die zweite Beratung des Besatzungs-Personenschädengesetzes. Die Vorlage wurde ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen. Ebenso eine neue Fassung des Diätengesetzes für Reichstagsabgeordnete. Die Aufwandsentschädigung beträgt nach wie vor 25 % des Monatsgehalts eines Reichsministers, also 619 Mark. Die Abgeordneten erhalten ferner freie Fahrt auf allen deutschen Bahnen.

Das Haus vertagte sich darauf auf Donnerstag.

## Eine Briand-Rundgebung an Amerika.

### Friedenspolitik, aber keine Abrüstung.

Paris, 6. April. Außenminister Briand benutzte den zehnten Jahrestag des Eintritts Amerikas in den Weltkrieg, um an den Berliner Korrespondenten der Associated Press eine Botschaft zu übermitteln, in der er die Tatsache des Eintritts Amerikas in den Weltkrieg sehr kurz berührt und weit mehr auf die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Amerika in der Abrüstungsfrage hinweist. Briand erklärt u. a., daß die im Gange befindliche Diskussion erlaubt hätte, die von Frankreich und den Vereinigten Staaten verfolgten Ziele zum mindesten in politischem Sinne festzustellen. Gegenüber beständen nur in Fragen der Prozedur und der Methoden. Frankreich sei bereit, mit den Vereinigten Staaten eine Verpflichtung zu unterzeichnen, die zwischen den beiden Staaten den Krieg als außerhalb der erlaubten Mittel stehend erkläre. Der Verzicht auf den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik sei den Unterzeichnern des Völkerbundespaktes und der Verträge von Locarno eine vertraute Sache. Jede Verpflichtung, die im gleichen Geiste von den Vereinigten Staaten auch mit den anderen Nationen unterzeichnet werde, würde in den Augen der ganzen Welt die Grundlage der internationalen Friedenspolitik erweitern und festigen. Briand betont lebhaft, daß Frankreich in Bezug auf die Beschränkung der Kriegsfahrt durch eine Kontrolle der industriellen und chemischen Abrüstung der Staaten erzielen wolle und sogar soweit gegangen sei, die Schaffung eines internationalen Generalstabes für den Frieden vorzuschlagen. Die neuen französischen Militärgesetze versuchten zum ersten Male, den Krieg als eine Angelegenheit, die den Vorteilen einzelner Interessengruppen diene, zu unterbinden. Sie verteilten die Kriegslast auf die ganzen Amerikaner. Diese Organisation schließt jede Angriffsbotschaft aus.

## Keine Verlagerung der Abrüstungsverhandlungen.

Genf, 6. April. Im Laufe des heutigen Nachmittags haben zwischen Lord Robert Cecil und Paul Boncour eingehende Verhandlungen über die englisch-französische Streitfrage in den Seeabrüstungen stattgefunden. Eine Einigung konnte jedoch bisher noch nicht erzielt werden. Es verläutet, daß beide Delegierten von ihren Regierungen neue Instruktionen angefordert haben. Pressevertreter erklärte heute Lord Robert Cecil, daß im Großen eine Einigung zwischen dem englischen und dem französischen Standpunkt in der Frage der Beschränkung der Seerüstungen als wahrscheinlich angesehen werden könne. Man sei in den direkten Verhandlungen wesentlich weiter gekommen. Lord Robert Cecil betonte lebhaft, daß entgegen anders lautenden Gerüchten die Abrüstungskommission ihre Arbeiten weiter fortsetzen und im Anschluß an die erste Lesung zugleich in die zweite Lesung des Konventionentwurfes treten werde. Er nehmte an, daß man Ende dieses Monats die Arbeiten der Kommission werde abschließen können.

## Drama im Hochgebirge.

### Vier Personen spurlos verschwunden.

Der Wächter im Schweizer Rochers-de-Naye-Hotel (1980 Meter über dem Meerespiegel), der den Winter in dem Hotel zubrachte, seine 63jährige Frau sowie ihr Töchterchen und ein junger Mann sind unter noch nicht aufgeklärten Umständen verschwunden. Seit etwa acht Tagen wurde auf keinen telephonischen Anruf mehr geantwortet. Zwei Männer, die zum Hotel hinaufstiegen, fanden nur die Ester des Wächters vor. Man nimmt an, daß alle vier Personen bei dem Versuch, zu Tal zu fahren, in eine Lawine geraten sind. Es konnte noch niemand geborgen werden.

## Ungarisch-italienischer Freundschaftspakt.

### Unterzeichnung in Rom.

Mussolini und Graf Becken haben in Rom den italienisch-ungarischen Freundschafts-, Auslieferungs- und

# Parlamentsferien in Sachlen.

## Landtagsvertagung bis zum 26. April. — Das Mietzinssteuergesetz gesichert.

Es gab in der letzten Sitzung des Sächsischen Landtages, vor den Osterferien, mehrere spannende Augenblicke. Die Lösung erfolgte aber schließlich ohne böse Überraschungen. Die Hoffnung der Sozialdemokraten und Kommunisten auf eine Regierungskrise war also wieder einmal umsonst gewesen. Diesmal drehte es sich um die Abänderung des Mietzinssteuergesetzes und dabei wieder um den Hausbesitzeranteil an der Mieterhöhung. Noch zu Anfang der Sitzung fanden vertrauliche Besprechungen statt, um das Ergebnis ganz sicher zu gestalten; mochten sich die Sozialdemokraten bei der Aussprache noch so viel Mühe geben; die Aufwertungsabgeordneten stimmten mit den Regierungsparteien und Deutschnationalen und brachten so die Vorlage zur Annahme. Einer der größten Gefahrenpunkte der sächsischen Politik ist damit endlich überwunden.

Nicht ganz so erfolgreich blieben die Regierungsparteien in der Frage des Anleihegesetzes. Die Deutschnationalen, von denen die Lage ja abhängt, hatten die Forderung nach der 100-Millionen-Anleihe auf 40 Millionen gekürzt. Es ist zweifellos, daß die Deutschnationalen damit ihrem Anspruch auf Einbeziehung in die Regierung, der ihnen für die nächsten Monate versprochen worden ist, größeren Nachdruck geben wollten. Erfreut waren die Mittelparteien und besonders der Finanzminister von diesem Schritt natürlich nicht. Aber sie beschränken sich und machten gute Miene zum bösen Spiele. Es ist wahrscheinlich, daß die Deutschnationalen ihr Ziel auch erreicht haben.

Jetzt kommen drei Wochen Osterferien, in denen es politisch ziemlich ruhig zugehen wird. Dann aber werden die Deutschnationalen ihre politischen Wechsel präsentieren. Es kann nichts schaden, wenn sich alle in Frage kommenden Parteien darauf vorbereiten.

Fliegliche Arbeit wurde auch noch im Haushaltsauschuß geleistet, der neben der Plenarsitzung tagte und sich mit weiteren Wohnungsfragen befaßte. Solange wie in der letzten Vollversammlung, 11 Uhr abends! — blieb man am Mittwoch aber nicht zusammen. Die Ferien lockten. . .

### Sitzungsbericht.

(25. Sitzung.) OB. Dresden, 6. April.  
Sofort nach Eröffnung der Sitzung des Sächsischen Landtages begann das Haus mit der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfes zur Änderung des Mietzinssteuergesetzes. Die Vorlage legt bestimmt u. a. fest, daß die Mieterhöhung vom 1. April 1927 zur Hälfte dem Hausbesitz und zur Hälfte dem Wohnungsbau zufällt. Von der weiteren Erhöhung vom 1. Oktober ab erhalten 4 % der Friedensmiete der Hausbesitz, 5 % der Wohnungsbau und 1 % die Wohnfahrtspflege.  
Abg. Hüllig (D. Vp.) empfiehlt als Berichterstatter der Ausschussmehrheit die Annahme.  
Abg. Edel (Soz.) verlangt Ablehnung der Vorlage und Annahme der Minderheitsanträge, die den gesamten Betrag der Erhöhung dem Wohnungsbau zuführen wollen.  
Abg. Dehne (Dem.) erklärt, man müsse versuchen dem Wohnungsbau noch auf andere Weise Mittel zu verschaffen. Gegenüber von Angriffen der Kommunisten und Sozialdemokraten betont Abg. Rad (Aufwertungspartei), daß es seiner Partei

zu danken wäre, wenn der Hausbesitz nicht noch mehr bekäme. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Vorlage mit geringen Änderungen in einigen Einzelbestimmungen über die Steuererleichterung.

Sozialdemokraten und Kommunisten stimmen dagegen. Dann kommt man zur zweiten Beratung des Anleihegesetzes, in dem der Regierung die Ermächtigung zur Aufnahme von 100 Millionen Anleihe gegeben werden soll. Die Ausschussmehrheit hat auf deutschnationalen Antrag beschlossen, die bereits früher bewilligten Schapanweisungen in die 100 Millionen mit einzubeziehen und um 40 Millionen neu zu bewilligen.

Finanzminister Weber erklärt: Die Regierung ist durch diesen Beschluß in eine peinliche Lage versetzt. Aus dem außerordentlichen Haushaltsplan des Vorjahres und dem außerordentlichen Haushaltsplan des neuen Jahres hat die Regierung insgesamt 105 Millionen zu decken. Dazu sollten diese 100 Millionen dienen. Durch den Beschluß wird der Regierung auch jeder Biennig-Betriebsmittelfredit genommen. In der Bundeshaushaltsplan haben wir jetzt einen Betrag von nur einer Million Mark. Die Bekämpfung der notwendigen Ausgaben für Renten sowie für die Hilfe an die Landwirtschaft wird unmöglich gemacht. Wird der Antrag angenommen, dann ist die Regierung gezwungen, sofort nach den Osterferien ein Finanzgesetz vorzulegen, das der Regierung die Ermächtigung gibt, sich wieder einen Betriebsmittelfredit durch Aufhebung von Schapanweisungen zu verschaffen.

Abg. Vöttcher (Komm.) und ebenso Abg. Neu (Soz.) erklären, man dürfe der Regierung keinen Groschen bewilligen. Abg. Dr. Seyfert (Dem.) fragt den Finanzminister, ob man nicht durch Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß doch noch die 100 Millionen Mark wieder herstellen könne. Finanzminister Weber bittet aber um rasche Verabschiedung und verzweigt nochmals darauf, daß die Regierung nach Oster eine Vorlage über Aufhebung von Schapanweisungen einbringen werde.

Abg. Dr. Eberle (Dm.) betont, daß die deutschnationalen Fraktion bis an die Grenze des Möglichen gehe, wenn sie einer Regierung, an der sie nicht beteiligt sei, am Beginn des Staatjahres 40 Millionen Mark unbesehen bewillige. Die wirtschaftliche Notwendigkeit würde dadurch nicht berührt.

Die Vorlage wird schließlich gegen Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen.

Dann wird folgender Antrag des Beamtenauschusses angenommen: Die Regierung wird ersucht, unverzüglich bei der Reichsregierung und dem Reichsrat den Antrag zu stellen, daß noch vor den Sommerferien des Reichstages eine reichsgesetzliche Neuorganisation der Beamtenbescholdung erfolgt, für den Fall der Ablehnung dieses Antrages aber dem Landtage eine Vorlage über eine Zwischenregelung vorzulegen.

Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten auf Erweiterung des Bergarbeiterchuzes werden den Ausschüssen überwiesen, ebenso ein sozialdemokratischer Antrag, dem Landtage den Entwurf über das Polizeibeamtensrecht vorzulegen. Innenminister Apelt bemerkt dazu, dieser Entwurf sei fertig und solle auch mit den Beamtenorganisationen durchgesprochen werden. Die letzten zehn Punkte der Tagesordnung werden um 6 Uhr abends von der Tagesordnung abgesetzt. Nächste Sitzung Dienstag, 26. April.

Aus der vorigen (24.) Sitzung ist noch von Wichtigkeit hervorzuheben, daß die Vorlage über Hilfsmaßnahmen für die durch Witterungen geschädigten Landwirte in sofortiger Schlussberatung angenommen wurde.

Schiedsgerichtsvertrag unterzeichnet sowie Schriftstücke, in denen die beiderseitigen Regierungen die bisher getroffenen Vereinbarungen der italienischen und ungarischen Sachverständigen über die dem ungarischen Handel im Hafen von Fiume zu gewährenden Erleichterungen bestätigen. Die Beratungen der Sachverständigen über diese Erleichterungen werden sobald wie möglich wieder aufgenommen werden. Der Unterzeichnung ging ein Festessen voraus, das Mussolini seinem Gast Graf Bethlen gab. Im Verlauf des Diners wechselten die beiden Regierungschefs in herzlichem Ton gehaltene Trinksprüche.

## Deutscher Reichstag.

(307. Sitzung.) OB. Berlin, 6. April.

Nachdem gestern noch in später Stunde die Etats der Reichsschuld, des Finanzministeriums, der allgemeinen Finanzverwaltung, der Kriegskosten erledigt waren, fand heute auf der Tagesordnung die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die

### Erlaubnispflicht für die Herstellung von Zündhölzern.

Nach der Vorlage ist die Herstellung nur mit Erlaubnis des Reichswirtschaftsministers zulässig. Bengalische und andere Feuerwerkszündhölzer unterliegen nicht dem Gesetz. Die Erlaubnis ist nur zu erteilen, wenn ein volkswirtschaftliches Bedürfnis besteht. Vor der Genehmigung eines neuen Betriebes ist der Reichswirtschaftsminister zu hören.

Abg. Behrens (Dm.) berichtete über die Ausschussverhandlungen. Es handle sich hier um einen Ausnahmefall, der einen Eingriff in die freie Wirtschaft rechtfertige. Die deutsche Zündholzindustrie stehe in einem ausichtslosen Kampf gegen einen ausländischen Feind. Es sei nur eine Ermüdung unter den Beteiligten zustande gekommen, die jetzt durch das Gesetz sanftioniert werde.

Abg. Rauch-München (Bayer. Vp.) hat Bedenken gegen den Eingriff in die freie Wirtschaft, billigte aber trotzdem das Ziel des Gesetzes. Abg. Heine (Soz.) stellte fest, daß es sich hier um die Aufhebung der Gewerbetreibendenselbstverwaltung für sich kämen nur 26 Fabriken mit etwa 4000 Arbeitern in Betracht. Das Gesetz sei gar nicht imstande, das Vordringen des Schwedisch-Amerikanischen Zündholztrustes zu verhindern. Der Trust sei sogar bis in den Reichstagsauschuß eingedrungen und habe dort sehr gute Verbindungen gehabt. Der Redner fragte den Abg. Behrens, ob er nicht Ausschicht in der Süddeutschen Zündholzindustrie gewesen sei. Abg. Behrens rief: er sei schon vorher ausgetreten. Der Redner sagt weiter, Abg. Behrens sei nachher in den Ausschicht der Preussischen Hypothekendarlehenbank gekommen, deren Handelsaktienkapital in den Händen des schwedischen Zündholztrustes sei.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.) beantragte Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß, da die Berichterstatterung nicht ganz einwandfrei zu sein scheint.

Da die Regierungsparteien schwach vertreten sind, wurde der Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Demokraten und einiger Wirtschaftsparteien angenommen. Da die Abstimmungen zum Haushalt erst für später vorgesehen sind, unterbricht der Präsident die Sitzung.

### Annahme des Gesamthaushalts.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde die Schlussabstimmung über den Reichshaushaltsplan für 1927 vorgenommen. Dazu gab Abg. Erlesing (Dem.) eine Erklärung ab, in der darauf hingewiesen wurde, daß die bisherige Entwicklung der Politik des neuen Kabinetts die demokratischen Befürchtungen gerechtfertigt hätte. Es würde aber den Regeln der parlamentarischen Demokratie widersprechen, den Haushalt in der Gesamtabstimmung abzulehnen. Dann gab Abg. Müller-Franken (Soz.) ebenfalls eine Erklärung ab, in der er betonte, daß der Etat zwar äußerlich im Gleichgewicht sei, innerlich aber einen Fehlbetrag enthalte. Das sei der Beginn einer unfolgenden, höchst bedenklichen Finanzwirtschaft. Ersparnisse seien nur bei den sozialen Ausgaben vorgenommen worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehne daher den Gesamtetat ab. Abg. Seitter (Komm.) lehnte für seine Partei ebenfalls den Etat ab.

Der Etat wurde darauf in der Schlussabstimmung mit 238 gegen 166 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Gegen den Etat stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten, ein Teil der Wirtschaftspartei und einige Nationalsozialisten. Das kommunistische Misstrauensvotum gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wurde in einfacher Abstimmung gegen die Antragsteller abgelehnt. Es folgten dann die Abstimmungen über die Entschleunigungen.

## Letzte Meldungen

### Vertragswidrige Haltung Polens in Oberschlesien.

Berlin. Wie hier bekannt wird, sind in Polnisch-Oberschlesien aus politischen Gründen Arbeiterentlassungen erfolgt. Diese Maßnahmen sind eine offensichtliche Verletzung des Genfer Abkommens. Ferner sind Verletzungsberechtigten aus Gründen bestraft worden, die mit der Frage der Minderheitschulen zusammenhängen. Das bedeutet eine Verletzung der Entscheidung des Völkerbundesrates. Ein solches Verhalten der Polen ist nicht geeignet, die Beziehungen mit Deutschland günstig zu beeinflussen.

### Bischof und Dekan in der Evangelischen Kirche.

Berlin. Im „Kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblatt“ wird jetzt der Entwurf eines Gesetzes über die Änderung von amtlichen Beziehungen veröffentlicht, den der Kirchenrat der evangelischen Kirche und der altpreußischen Union bei am 23. April in Berlin zusammentretenden Generalsynode vorlegen wird. Nach diesem Entwurf tritt an die Stelle der Amtsbezeichnung „Superintendent“ die Amtsbezeichnung „Dekan“. In den Provinzen Westfalen und Rheinland tritt diese Bezeichnung erst in Kraft, wenn eine entsprechende Änderung der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung beschlossen wird. An Stelle der Amtsbezeichnung „Generalsuperintendent“ tritt die Amtsbezeichnung „Evangelischer Bischof“. Der hauptamtliche geistliche Vizepräsident des Oberkirchenrates führt zugleich die Amtsbezeichnung „Evangelischer Bischof“, ebenso der Präsident des Oberkirchenrates, wenn er ein Geistlicher ist.

### Der Streit um das völkische Mandat in Thüringen.

Weimar. Der bisherige völkische Abgeordnete Bünsche, dessen Mandat vom Thüringischen Landtag für ungültig erklärt worden war, hat dem Lande Thüringen eine Forderung angedroht. Daraufhin beschloß das Thüringische Staatsministerium, den Staatsgerichtshof des Landes zur Entscheidung darüber anzurufen, ob der Landtag besetzt war, über die Gültigkeit des Mandats zu entscheiden, obwohl ein Drittel der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten beantragt hatte, die Prüfung der Wahl dem Wahlprüfungsamt zu überweisen.

### Ausgehobene Fallschirmjägerverteilung.

Hamburg. In der Wohnung des Reichentellers Johannes Kappel wurde eine Fallschirmjägerverteilung ausgedoben. 62 fallische Zweimarktsche wurden beschlagnahmt. Kappel ist gehändig und erklärte, daß ihn Rot und viele Schulden zu der Tat verleitet.

### Verhaftung von Breslauer Polizeibeamten.

Breslau. Wie die Breslauer Neuesten Nachrichten melden, sind von der Breslauer Kriminalpolizei zwei obere Beamte des Polizeipräsidiums, ein Oberinspektor und ein Oberfeldwebel, unter dem dringenden Verdacht festgenommen worden, in ihrer Amtsführung Unredlichkeiten begangen zu haben. Es handelt sich um fingierte Rechnungen bei Konzeptionen. Der unterschlagene Betrag beläuft sich auf 4- bis 6000 Mark.

### Opfer ihres Berufes.

Waldenburg. In der neunten Abteilung des Eugen-Schiedes kam der Bauer Rehlert aus Dittersbach durch herabfallende Gesteinsmassen zu Tode. Dem 18 Jahre alten Arbeiter Krebs wurde im Untertagebetrieb der Gufstgrube die Schädeldede durch herabfallende Kohlenstücke zerrinnert. In schwerverletztem Zustande wurde er ins Knappschaftsazilarett geschafft.

### Schwere Bluttat.

Schneid (Oberamt Schorndorf). Nach einer Jirkusvorstellung überfielen Burden aus Grumbach mit Brügeln Angestellte des Jirkus. Einer der angegriffenen Burden wurde zu Boden geworfen, worauf er mit einem Silettschindlungs auf die Jirkustente einfiel. Dabei wurden drei schwer und zwei leichter verletzt. Der Haupttäter konnte festgenommen werden.

### Eine Botschaft Briands an Amerika.

Newyork. Aus Anlaß der zehnten Wiederkehr des Tages von Amerikas Eintritt in den Weltkrieg hat Außenminister Briand, der soeben jede Beteiligung Frankreichs an Coolidges Abrüstungskonferenz abgelehnt hat, an die amerikanische Nachrichtenagentur Associated Press eine Rundgebung gefandt, in der er u. a. ausführt: Der Krieg als Mittel der Staatspolitik ist bereits von den Unterzeichnern der Völkerbundsatzung und der Vornovverträge abgelehnt worden. Frankreich wäre bereit, mit den Vereinigten Staaten ein Abkommen zu schließen, durch das der Krieg in die Acht erklärt wird. Ein solches Abkommen würde die Grundlage der internationalen Friedenspolitik erheblich festigen. Die beiden großen befreundeten Nationen, die beide für die Sache des Friedens arbeiten, würden damit der Welt das beste Beispiel dafür geben, daß das gegenwärtig erreichbare Ziel nicht Entwaffnung, sondern Beiligung der Friedenspolitik ist.

## Hus unjerer Heimat

Wilsdruff, am 7. April 1927.

Werkblatt für den 8. April.  
Sonnenaufgang 5<sup>27</sup> | Mondaufgang 9<sup>27</sup> U.  
Sonnennntergang 6<sup>11</sup> | Mondnntergang 1<sup>11</sup> U.  
1835 Wilhelm von Humboldt gest.

### Rohkost.

Das ist seit ein... Zeit zu einer Art Zauber- und Wunderwort geworden. Jeder weiß jetzt etwas vom Wert der Vitamine und die Hausfrauen horchen auf die Aussicht, nicht mehr stundenlang am Herd stehen und sich die Beine müde machen zu müssen, alles ungekocht auf den Tisch stellen zu dürfen, erscheint mancher Hausfrau sehr verlockend, die neue Bewegung läßt eine große Macht aus und regt das Interesse an. Es kann und soll nicht Stellung genommen werden zu dieser Bewegung — das wollen wir denen, welche davon wissen.

schäftlich etwas versehen, überlassen. Daß Obst und Gemüse einen wichtigen Faktor in unserer Ernährung darstellen, daß sie verdienen, in unseren Küchen immer mehr verwertet zu werden, steht außer Frage. Befehlen aber bleibt die Frage, ob die Rohkost auch den Hunger der „starken“ Esser zu stillen vermöchte, und ob sie wirklich eine Erleichterung der Hausarbeit bringt. Da wäre es nun sehr willkommen, wenn sich kluge Frauen, die bereits Rohkostfahrten gesammelt haben, über die Vor- und Nachteile des Rohkostspeisefaktors äußerten, aber ohne ausgesprochene Parteinahme nach der einen oder der anderen Richtung hin, sondern sozusagen objektiv und von einer höheren Warte aus. Nicht ein Streit der Meinungen dürfte es werden, nicht ein Gezänk, sondern ein vorichtiges Abwägen aller Dinge, die da in Frage kommen und auch der Kostenpunkt sollte nicht außer acht gelassen werden.

Beschlüsse des Gesamtministeriums. Das Gesamtministerium hat beschlossen, beim Reichsrat zu beantragen, daß gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze zur Uebergangsregelung des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sowie zur Änderung des Gesetzes über den Eintritt der Freistaaten Württemberg, Bayern und Baden in die Viersteuergemeinschaft auf Grund des Artikels 74 der Reichsverfassung Einspruch eingelegt werde.

Die Forderung der Wohnungswirtschaft. Wie man hört, wird die angekündigte Verordnung der Regierung über die Forderung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume und große Wohnungen in den nächsten Tagen erscheinen, nachdem sie die notwendige Genehmigung des Reichsarbeitsministers erhalten hat. An die ist nur noch eine geringfügige Änderung vorgenommen worden, während die bereits früher mitgeteilten, nach Ortsklassen abgestuften Höhe für die Befreiung der großen Wohnungen aus der Zwangswirtschaft unverändert bleiben.

Ist das ein Wetter! Unheimlich rätelt der Sturm an den Türen und Fenstern, daß sie klappern, er heult uns Haus und fängt im Oden ganze Schauerlieder. Dazu kommen plötzliche Regengüsse und gellern gabs gar Wih und Donnerrollen. Aber tobe nur, April, wir sind nicht bange. Dem Leid folgt doch einmal die Freude, dem Regen wieder Sonnenschein. Es muß doch Frühling werden!

Die Jahreshauptversammlung des Zweigvereins Wilsdruff vom Roten Kreuz fand gestern unter Vorsitz des Herrn Sanitätsrat Dr. Bartel statt. Der Besuch konnte besser sein. Nach Erledigung geschäftlicher Eingänge wurde der Jahresbericht erstattet. Der Mitgliederbestand hat durch Tod und Bezug aus dem Bezirk beträchtlich abgenommen. Es soll in den nächsten Tagen versucht werden, neue Mitglieder zu werben, um möglichst auf den Vorkriegsstand zu kommen. In einer Zeit des Passens und Trebens, wo man täglich auch in unserer Gegend in den Zeitungen von Unglücksfällen jeglicher Art liest, müßte eigentlich viel mehr Interesse für das Rote Kreuz an den Tag gelegt werden. Jeder Einzelne kann heute schon die Hilfe des Roten Kreuzes in Anspruch zu nehmen gezwungen sein. Daß sie schnell und zweckmäßig erfolgt, dafür ist der Zweigverein immer bestrebt gewesen. Anmeldungen nehmen entgegen die Herren San. Rat Dr. Bartel und Heinrich Dierker. Möchte das Werden guten Erfolg zeitigen.

In den Lindenbüschchen-Liedspieles kommt Freitag, Sonnabend und Sonntag ein Programm zur Abwicklung, das bei allen Kinofreunden Freude und Befriedigung hervorrufen wird. Der

große jede  
weiteren  
Hauptrolle  
Wochen  
nur zu es  
Nummer.

Der  
berichtet  
wegung  
gruppen  
beiträge  
weiterfam  
merien  
Nachtra  
der au  
18. Mär  
15. Mär  
15. März

Wod  
und Umg  
In der B  
um über  
trieb für  
feramische  
gewerde,  
beiten per  
schäftliche  
vergangen  
Weihen  
und 450  
davon 87  
Erwerb  
denach t  
Krienerfür  
Rostland

Tier  
beitsamte  
31. März  
verzeihen  
Geböfen;  
anfteden  
böhen; G  
Geböf.

Ind  
linder. T  
enthält n  
kehrungen  
jungen  
ammen  
menen  
unter  
danklos  
eben  
die Sch  
die Folge  
und in  
lehren.  
von der  
tafel. S

Jun  
Sachlen  
Führung  
Die in  
dieser  
Jugendbe  
Böbld  
für das  
Sebergan  
bandes  
aller polit  
bündlicher  
die Werb  
angschloß  
Eine  
Polstnarle  
Reichspof  
Die Man  
reichen, d  
ler. Der  
(einschließ  
Marlenn  
meiniam  
wir bereit  
ständig ni  
aufgedrau

Wet  
Wetter  
und wa  
Schneede  
Wort kan  
recht tro  
zu Anfar  
Grasmid  
— Baue  
Kaffen.  
Wenn de  
Korn. —  
Spiel. —  
— Ein  
Jahr sich  
ren, miß  
Doffnung  
Mai find  
noch so  
Apriltrage  
Gutes für  
besto ebe  
sehen gu

Tag  
verdammt  
Oberstaat  
gab eine  
Friedens  
Sühne  
bisher für  
das Ver  
richter ein  
nicht viel  
Gruab

Der  
Wetter  
und wa  
Schneede  
Wort kan  
recht tro  
zu Anfar  
Grasmid  
— Baue  
Kaffen.  
Wenn de  
Korn. —  
Spiel. —  
— Ein  
Jahr sich  
ren, miß  
Doffnung  
Mai find  
noch so  
Apriltrage  
Gutes für  
besto ebe  
sehen gu

große schwebende Film „Liebe und Trompetenblasen“ spielt im besten Wien mit Hans Hoyer und Harry Liedtke in den Hauptrollen. Dazu kommen noch zwei reizende Lustspiele und die Wochenchau, die sich großer Beliebtheit erfreut. Der Besuch ist nur zu empfehlen. Das Nähere besagt das Inserat in dieser Nummer.

**Der Arbeitsmarkt in Sachsen.** Wieder die Arbeitsmarktlage berichtet das Landesamt für Arbeitsvermittlung: Die lebhafteste Bewegung auf dem Arbeitsmarkt dauert fort. In vielen Berufsgruppen hält die Nachfrage bei langsam sinkendem Angebote merkenswert; ist, daß auf dem Arbeitsmarkt für Angelehrte die Nachfrage nach Jugendlichen wesentlich gestiegen ist. Die Zahl der aus der Erwerbslosenfürsorge unterstützten Jugendlichen unter 18 Jahren ist von 8070 am 15. Januar 1927 auf 4664 am 15. März 1927 zurückgegangen. Der Vergleich mit dem Vorjahre zeigt die veränderte Arbeitsmarktlage besonders deutlich. Am 15. März 1926 waren 10 676 unterstützt worden.

**Wochenbericht des öffentlichen Arbeitsnachweises Meissen und Umgegend für die Zeit vom 27. März bis 2. April 1927.** In der Berichtwoche hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden wieder um über 200 verringert. Aufnahmefähig waren die Metallindustrie für Dreher und Schlosser, die Holzindustrie für Tischler, die keramische Industrie für Aushilfskräfte und Presser und das Bauwesen. Vereinzelt konnten angelehrte Arbeiter in Rotstandsarbeiten vermittelt werden. Die Vermittlungstätigkeit der landwirtschaftlichen Fachabteilung war weiterhin gut. Am Schluß der vergangenen Woche waren im öffentlichen Arbeitsnachweis Meissen insgesamt erwerbslos gemeldet 2215 (765 männliche und 1450 weibliche) Personen. Auf die Stadt Meissen entfielen davon 879 (670 männliche und 209 weibliche). Die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger belief sich auf 1317. Sie ist demnach um über 200 im Vergleich zur Vorwoche zurückgegangen. Kräftensfürsorge wurde an 136 Personen gezahlt. Bei öffentlichen Rotstandsarbeiten sind gegenwärtig über 200 Erwerbslose tätig.

**Tierseuchen.** Nach dem amtlichen Bericht des Landesgesundheitsamtes über den Stand von Tierseuchen in Sachsen am 31. März d. J. waren in der Amtshauptmannschaft Meissen zu verzeichnen: Maul- und Klauenseuche in zwei Gemeinden, zwei Gebrühen; Geflügelcholera in zwei Gemeinden, drei Gebrühen; ansteckende Blutarumt der Einhufer in zwei Gemeinden, zwei Gebrühen; Gehirnentzündung der Pferde in einer Gemeinde, einem Gebrühen.

**Anschläge auf Eisenbahnen durch Jugendliche und Schüler.** Das Verordnungsblatt des Volksbildungsministeriums enthält nachstehende Verfügung: Trotz der mannigfachen Vorkehrungen gegen Anschläge auf Eisenbahnen insbesondere von jugendlichen Personen mehren sich diese Fälle dauernd. Die Zusammenstellungen des Reichsverkehrsministeriums über die vorgekommenen Anschläge ergeben ein trauriges Bild von einer besonders unter Jugendlichen verbreiteten Rohheit, Leichtfertigkeit und Gewalttätigkeit. Die Zahl der Anschläge ist erschreckend hoch, ebenso die Zahl der beteiligten Schüler. Es werden daher alle Schulen erneut angewiesen, die Schüler und Jugendlichen auf die Folgen solcher unverantwortlichen Handlungen hinzuweisen und in bestimmten Zeitabständen regelmäßig einbringlich zu belehren. Hierzu wird den Schulen gleichzeitig je ein Stud. der von der Reichsbahndirektion zu diesem Zwecke überlassenen Bildtafel „Eure Schuld“ überhandt.

**Jugendberbergs-Werbeweche.** Der Vorstand des Gauen Sachsen vom Verband deutscher Jugendberbergen plant die Durchführung einer Jugendberbergs-Werbeweche vom 8. bis 14. Mai. Wie in allen deutschen Gauen soll durch die Veranstaltungen dieser Woche die gesamte Öffentlichkeit auf die Bedeutung des Jugendberbergswerkes hingewiesen werden. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat eine Haus- und Straßensammlung für das Gebiet des Freistaates Sachsen zugunsten des Jugendberbergswerkes genehmigt. Der Landesauschuss Sachsen des Verbandes der deutschen Jugendverbände, dem die Jugendvereine aller politischen und aller religiösen Richtungen, sowie die überdünlichen Jugendvereine angehören, wird nach besten Kräften die Werbeweche unterstützen und durch Veranstaltungen der ihm angeschlossenen Vereine fördern.

**Eine neue deutsche Luftpostmarke.** Eine neue deutsche Luftpostmarke zu 15 Pfg., violettfarbig, wird, wie das Amtsblatt des Reichspostministeriums berichtet, in diesen Tagen ausgegeben. Die Marke zeigt das gleiche Bild wie die übrigen Luftpostwertzeichen, den von einer Helsenpötte zum Flug ausgehenden Adler. Der Zuschlag für Luftpostarten innerhalb Deutschlands (einschließlich Seangebiet) beträgt 10 Pfg., so daß also der neue Markenwert dem Postkartenporto und dem Luftpostzuschlag gemeinsam entspricht. Eine Luftpostmarke gleichen Wertes besitzen wir bereits seit Jahren. Luftpostmarken zu 5 Pfg., grün, werden künftig nicht mehr hergestellt; die vorhandenen Bestände werden aufgebraucht.

**Wetterregeln für April.** Für keinen Monat gibt es so viel Wetterregeln wie für den April. Bleibt der April recht sonnig und warm, macht er den Bauer auch nicht arm. — Gedreht die Schnecke und die Rassel, füllt sie Speicher und Kasser. — Der April kann rasen, nur der Mai hält Rafen. — Ist der April recht trocken, geht dann der Sommer nicht auf Soden. — Fröhsche zu Anfang April, bringt den Teufel ins Spiel. — Wenn die Grasmäden flüchtig singen, werden sie zeitigen Lenz uns bringen. — Bauer im April die Schwaiden, gibts viel Futter, Korn und Raiben. — Gras, das im April wächst, steht im Mai fest. — Wenn der April bläst raus ins Horn, steht es gut mit Heu und Korn. — Besser Wasserrot im April, als der Mäuse lustiges Spiel. — Wenn es am Karfreitag regnet, ist's ganze Jahr gesegnet. — Ein Wind, der von Ostern bis Pfingsten regiert, im ganzen Jahr sich wenig verliert. — Mäihäfer, die im April schon schwirren, müssen dann im Mai erfrischen. — Aprilbärte macht die Pflanzung irrt. — Rasser April, blumiger Mai. — April und Mai sind die Schlüssel zum ganzen Jahre. — Ist der April auch noch so gut, schiedt er dem Bauern oft Schnee auf den Gut. — Aprilregen ist dem Bauern gelegen. — Donner im April, viel Gutes können will. Je früher im April der Schlegel blüht, desto eher vor Jakob die Erde gütig! — Aprilblut (Blüte) tut selten gut!

**Tagung der Friedensrichter.** In Dresden fand die 2. Hauptversammlung des Verbandes der Friedensrichter Sachsens statt. Oberstaatsanwalt Dr. Härtel vom sächsischen Justizministerium gab eine Schilderung über die Möglichkeiten der Erweiterung des Friedensrichterlichen Aufgabensfeldes. Es sei zu erwägen, ob die Untersuchungsstelle nicht auch auf Fälle ausgedehnt werden können, die bisher für den Friedensrichter noch nicht vorgelegen waren. Auch das Verfahren selbst sei ausbaufähig, so könnte dem Friedensrichter ein höheres Maß von Mitteln zugestanden werden, um die Parteien zum Erscheinen zu veranlassen. Mit einer Verbesserung sei nicht viel geholfen, vielmehr müßte die Friedensrichterordnung von Grund auf neu gestaltet werden. Die Versammlung stimmte

einem Vorschlag zu, der sich auf die Bildung eines Großverbandes Deutschlands der Friedensrichter bezog.

**Grundbach. Für Naturfreunde.** Am idyllisch gelegenen Stauwert an der Saubach ist eine Baustelle aufgestellt worden. Inmitten von alten Bäumen und Strauchwerk steht sie. Ein willkommener Ruheplatz für den Wanderer und Naturfreund. Einige Anwohner haben sie auf ihre Kosten errichtet. Zur Nachahmung empfohlen!

**Blantenstein. (Konzert des M. S. B. „Liedertranz“.)** Der Männergesangsverein „Liedertranz“ veranstaltete am 2. April sein Konzert. Unter der sicheren und gemalten Stabführung seines Liedermeyers, Herrn Kantor Wehlig, gelangten als Männerchor „Marschlied“ und „Der hat das schönste Lied erdacht“ zum Vortrage. Beide Lieder wurden langweiliger und rein dargeboten. Der gemischte Chor erfreute uns Zuhörer durch drei sinnige Lieder. Ihm gebührt volles Lob und auch an dieser Stelle unser Dank, den wir am Sonnabend durch regen Beifall zum Ausdruck brachten. Soll man über die Solistin, Fräulein Lotte Wehlig, Worte der Kritik verschwenden? Nein, sie ist ja vielen von uns schon bekannt und hat uns auch diesmal nicht enttäuscht, obwohl wir von ihr immer viel erwarten. Das Volksstück „Ach, hab mein Herz in Heidelberg verloren“ fand viel Anklang. Die Besetzung der Rollen war die denkbar günstigste. Die Herren Mumm, H. Görnig, Pinter und M. Hofsdorf als Hauptdarsteller — großartig. Von den Damen sind im Spiel besonders zu loben Fräulein Trude Ranz, Fr. und H. Wehnert, Lenchen Eulig und Frau Steyer. Wie wir hören, wird das Konzert am zweiten Feiertag wiederholt. Hoffentlich langen auch dann die Stühle nicht zu.

**Burthardswalde. (Stiftungsfest.)** Die Freiwillige Feuerwehr feierte am Sonntag ihr 22. Stiftungsfest im hiesigen Gasthause. Brandmeister Gumpert begrüßte alle Er erschienenen und besonders die Kameraden des Motorpräsenzuges der Pappensabrik Muzig und Vertreter der Wehren Krögis und Reulischen. Dann nahm Bürgermeister Dörig Belegenheit, den Kameraden Pössel und Heller für 22jährige und den Kameraden Windhüchel für 22jährige Zugehörigkeit zur Wehr zu ehren. Herrn Fabrikbesitzer Seidel-Muzig wurde unter Anerkennung einer Verdienste um das Feuerlöschwesen die Ehrenurkunde überreicht. Die Kapelle der Wehr trat zum ersten Male öffentlich auf. Auch wurden zwei Theaterstücke gegeben, die den Beifall aller fanden. Grob wurde dann noch das Langspiel geschwungen.

**Braunsdorf. Der hiesige Dramatische Verein** veranstaltete am letzten Sonntag einen Theaterabend, der einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Ein Schwanz in drei Akten, betitelt „Familie Kullide“ hielt die Zuschauer in froher Laune und bot ihnen für circa drei Stunden fröhliche Unterhaltung. Alle Mitwirkenden taten ihr Möglichstes und verhalfen dem Stück zu einem guten Erfolg. Auch die äußere Ausstattung der Bühne verdient lobend hervorgehoben zu werden. Alles in allem kann gesagt werden, daß auch dieser Abend gezeigt hat, was der Dramatische Verein zu leisten vermag, wenn mit Ernst und Ausdauer ans Werk gegangen wird. Möchten sich noch mehr den Verein anschließen, der einem edlen Zweck, der Volkspfeilung dienen will. — Am Palmsonntag gebührt der hiesige Frauenverein ein Stud. von Roderich Benedix (1811—73) und zwar: „Die sächsischen Verwandten“ zur Aufführung zu bringen. Hierzu sind alle, insbesondere Konfirmanten und deren Angehörige herzlich eingeladen.

**Bereinskalender.**

Arbeitsgemeinschaft der Beamten, Angestellten und Rentner Wilsdruff, Donnerstag den 7. April im „Löwen“ Versammlung. Christlicher Elternverein Wilsdruff, Donnerstag, 7. April, im „Aber“ Versammlung. Gesdterverein Wilsdruff, Freitag den 8. April Mitgliederversammlung im Restaurant „Eintracht“.

**Wetterbericht.**

Beifolgende Witterung, im allgemeinen Regen, Temperaturen schwankend, Gewittererscheinungen nicht ausgeschlossen.

**Sachsen und Nachbarchaft**

**Oberpetersw. (Scheunenbrand.)** In dem von der Witwe des im August 1920 von Golddieben erschossenen Gutbesizers Kaiser bewirtschafteten Anwesen war gestern abend gegen 11 Uhr in der Scheune ein großes Feuer zum Ausbruch gekommen. Es nahm infolge des herrschenden Sturmes rasch beträchtliche Ausdehnung an und drohte auf die Seitengebäude überzuspringen. Der Brand, der kurz vor 11 Uhr abends bemerkt wurde, gefährdete auch das angrenzende Rittergut auf das höchste. Die gesamten Feuerwehren der Umgegend, darunter die Motorspritze aus Freital, rückten zur Hilfeleistung aus. Nachts gegen 12 Uhr war das Feuer stark eingedämmt und jede Gefahr für das Rittergut beseitigt, während die Scheune der verwitweten Frau Kaiser vollständig ausgebrannt ist.

**Dresden. (Die Mordfalle Donner-Krönert)** vor dem Reichsgericht. Am Freitag — morgen — wird sich der Erste Strafsenat des Reichsgerichtes mit der Revision in der bekannten Mordfalle Donner-Krönert befassen. Wie noch erinnert sein dürfte, handelte es sich hier um die am 15. April 1920 erfolgte Erschießung des Gerichtsassessors Donner in seinem Landhause in Niederböhmen. Damals war zunächst ein Unglücksfall angenommen worden, bis sich im Frühjahr 1926 die furchtbare Tragödie aufklärte. Anfang Dezember hatte sich dann das Schwurgericht Dresden mit dieser Angelegenheit zu befassen. Nach mehrwöchiger Verhandlung wurden die Ehefrau Donner und ihr Gekochter wegen Mordes je zum Tode verurteilt. Dagegen haben beide Angeklagte Revision eingelegt, mit der sich morgen Freitag von vormittags 9 Uhr ab das Reichsgericht zu befassen hat. Mit der Revision beider zum Tode verurteilten Angeklagten wird die Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung an die erste Instanz (Schwurgericht Dresden) erstrebt.

**Öffentl. Arbeitsnachweis Rütig und Umgegend.**  
Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Landwirtschaft besucht die Sonntags-Sprechstunden

**Riesa. (Beziehung eines D-Zuges.)** Am Mittwoch wurde auf einen D-Zug Leipzig—Dresden kurz vor Riesa ein Stein geschleudert, der die Scheibe eines Wagens dritter Klasse zertrümmerte. Zur selben Zeit durchschlug eine Kugel das Abteil des Pächwagens. Zum Glück befand sich niemand auf dem gefährdeten Wag. Die Reichsbahndirektion hat unverzüglich Ermittlungen eingeleitet.

**Zittau. (Ein 80-jähriges Zwillingpaar.)** Im benachbarten Böhmischn-Jowitzau feierten die Damen Franziska Krieger und Emilie Lehmann, die Töchter des Gerberhofbesizers Ulrich, diese Woche den 80. Geburtstag. Die Greisinnen sind Zwillinge.

**Zöblitz. (Unfall mit Todesfolge.)** Der im 63. Lebensjahre stehende Werkführer K. A. Grämer, der beim Entladen eines Gewehres schwer verletzt wurde, ist am 4. April im Stadtkrankenhaus Marienberg an der erlittenen Wunde verstorben.

**Zwönitz. (Säure statt Alkohol.)** Ein aus Zwönitz stammender Arbeiter ergriff bei einem Umzug in einer hiesigen Gastwirtschaft eine unter dem Wäffelt stehende Flasche, in der er Alkohol vermutete, und trank daraus. Unglücklicherweise hatte er aber eine mit Säure zum Reinigen der Beerleitung gefüllte Flasche erwischt und verbrannte sich die Kehlkopforgane so schwer, daß er ins Stollberger Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er ziemlich hoffnungslos darniederliegt.

**Schneeberg. (Tödlicher Sturz.)** Infolge eines Schlaganfalles starb der Stukkateur Kiele während der Ausführung von Ausbesserungsarbeiten an einer Stubendecke von der Leiter und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er bald darnach verstarb.

**Zwidau. (Schlägerei in einem Wirtshaus.)** In einem in Reinsdorf gelagerten Wirtshaus kam es aus nichtigen Gründen zwischen jüngeren Leuten zu Meinungsverschiedenheiten. Die Auseinandersetzungen führten zu einer schweren Schlägerei mit Biergläsern und Stuhlbeinen. Da es an örtlichem Schutz fehlte, mußte aus Zwidau Landespolizei herbeigerufen werden, die dann auch bald in einem größeren Aufgebote erlitten und die Ruhe wieder herstellte.

**Hauen. (Die Wohnungseinstützungerschlägen.)** In der vorvergangenen Nacht gegen 2 Uhr hatte in einem Hause der Hegelstraße ein dort wohnender 27-jähriger Schneidergehilfe in transthafter Erregung seine ganze Wohnungseinstützung zertrümmert und zu dem größten Teile zum Fenster hinausgeworfen. Seine Frau, die schlüchtern mußte, rief die Polizei. Als diese kam, drohte der Schneider aus dem Fenster zu springen. Er warf Biergläser, Gaslocher, Eimer und alles Mögliche zum Fenster auf die Straße hinaus, und als die Feuerwehr kam, sandte sie einen Wasserstrahl in die Wohnung, der den Tobenden etwas beruhigte. Die Polizei drang darauf in die Wohnung ein, überwältigte ihn und brachte ihn mit einem Sanitätswagen ins Krankenhaus.

**Bad Brambach. (Brand.)** Dienstag früh ist das aus Wohnhaus, Scheune und Schuppen bestehende große Gut des Landwirts Dörscher niedergebrannt. Sämtliches Mobiliar, .. landwirtschaftliche Geräte, alles Heu und Stroh wurden ein Raub der Flammen. Das Vieh konnte gerettet werden. Die Familie konnte nur das nackte Leben retten. Der Schaden ist bedeutend.

**Leipzig. (Anfall mit tödlichem Ausgang.)** Gestern nachmittag in der 8. Stunde ist von einem Polizeibeamten in der Reichenhainer Straße, Kreuzung Kregelstraße, ein 66-jähriger Kaufmann mit einem schweren Schädelbruch bewußlos aufgefunden worden. Er wurde sofort ins Krankenhaus St. Jacob gebracht, wo er jedoch heute vormittag gestorben ist. Es wird vermutet, daß der Verunglückte auf einen Straßenbahnweg der Linie 15, von Probitheide kommend, hat auf- oder abspringen wollen, oder von diesem angefahren worden ist.

**Göhnd. (Opfer seines Berufes.)** Der Dachbedeckmeister Hennig stürzte am Montag nachmittag auf einem Umbau in Ausübung seines Berufes so unglücklich ab, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

**Dresdner Schlachtviehmarkt vom 7. April**  
Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Auftrieb	Wertklassen	Preise f. 1 Ztr für Goldmark für Lebendgewicht
9 A.	<b>Ochsen.</b> a) Vollfleisch, ausgemästete höchsten Schlachtwertes 1. junge . . . . .	
	2. ältere . . . . .	
	b) sonstige vollfleischige 1. junge . . . . .	
	2. ältere . . . . .	
	c) fleischige . . . . .	
	ausl. Tiere . . . . .	
B.	<b>Kühe.</b> a) jüngere vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes . . . . .	
	b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete . . . . .	
	c) fleischige . . . . .	
	d) gering genährte . . . . .	
4 C.	<b>Kälber.</b> a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes . . . . .	
	b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete . . . . .	
	c) fleischige . . . . .	
	d) gering genährte . . . . .	
D.	<b>Färsen (Kalbinnen).</b> a) vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes . . . . .	
	b) sonstige fleischige . . . . .	
E.	<b>Greffer.</b> Mäßig genährtes Jungvieh . . . . .	
908 II.	<b>Rälber.</b> a) Doppellender b. Raß . . . . .	84—88 (139)
	b) beste Raß- und Saugfälder . . . . .	78—82 (132)
	c) mittlere Raß- und Saugfälder . . . . .	68—72 (127)
	d) geringe Rälber . . . . .	55—65 (125)
	e) geringste Rälber . . . . .	
86 III.	<b>Schafe.</b> a) Beste Raßlammer und jüngere Raßlammer 1. Weidenmaß . . . . .	
	2. Stallmaß . . . . .	
	b) mittl. Raßlammer, ältere Raßlammer und gutgenährte Schafe . . . . .	
	c) fleischiges Schafvieh . . . . .	
	d) gering genährte Schafe und Lämmer . . . . .	
598 IV.	<b>Schweine.</b> a) Fetttschweine über 300 . . . . .	63—80
	b) vollfleisch. Schweine von 240—300 . . . . .	63—68 (80)
	c) vollfleisch. Schweine von 200—240 . . . . .	60—61 (80)
	d) vollfleisch. Schweine von 160—200 . . . . .	58—59 (80)
	e) fleischige Schweine von 120—160 . . . . .	
	f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. . . . .	
	g) Sauen . . . . .	

Ueberstand: 8 Bullen, 1 Kuh. Geschäftsgang: Rälber gut, Schweine mittel.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise.



Zwei Wand'rer.

's geht mander mit löchelnden Lippen einher, Von Sonnenstäubchen umflutet, Und feiner adal, wie das Herz ihm schwer, Und wie die Seele oft blütel.

Frieda Rier.

Generalpostmeister Stephan.

Zur 30. Biederkehr seines Todestages am 8. April. Auf der Postwoche in Berlin haben Reichspostminister Dr. Schäpel und Staatssekretär Sautter mit berechtigtem Stolz von dem großartigen Aufschwung des deutschen Postwesens gesprochen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

80 Millionen für verstärkten Wohnungsbau in Preußen. Das preußische Staatsministerium hat dem Landtag den Gesetzentwurf überfandt, durch den das Staatsministerium ermächtigt wird, zur verstärkten Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens 80 Millionen im Kreditwege zu verwenden.

Die Frau des Adjutanten

Roman von Fr. Lehne.

10. Fortsetzung.

Nachdruck verboten

Die Herren hatten ihren Aufenthalt länger als beabsichtigt ausgedehnt. Altdorf stand jetzt auf und Benno folgte seinem Beispiel. Als er sich von Jolantha verabschiedete, hielt er ihre Hand fest in der seinen und feil bestete er seine hübschen Augen auf ihr Gesicht.

Trauerzug für den Generalmajor v. Wisberg.

Die Beisetzung des am 1. April bei dem Zusammenstoß mit der Polizei anlässlich einer Bismarckfeier am Herzschlag verstorbenen Generalmajors v. Wisberg fand in Berlin auf dem Invalidenfriedhof statt.



Trauerfeier nahmen Reichspräsident v. Hindenburg, Generalfeldmarschall v. Madensen und noch mehrere bekannte Persönlichkeiten teil, namentlich ehemalige höhere Militärs.

Gegen Verringerung der braunschweigischen Landtagsmandate.

Der Braunschweigische Landtag lehnte den verfassungändernden Gesetzentwurf ab, wonach der Landtag künftig aus 36 Abgeordneten statt wie bisher aus 48 Abgeordneten bestehen soll und Mitglieder des Staatsministeriums nicht zugleich Landtagsabgeordnete sein dürfen.

Frankreich.

Französische Flottenbauten. Ein vom Präsidenten der Republik genehmigtes Flottenbauprogramm für die Zeit vom 1. Juli 1927 bis 30. Juni 1928 sieht den Bau von einem Kreuzer, sechs Torpedobootzerstörer, fünf U-Booten, einem A-Boot, das gleichzeitig Minen legen kann, und von zwei Avisos für die Verwendung im Ausland vor.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg hat den neuernannten jugoslawischen Gesandten zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen.

London. Das neue englische Gewerkschaftsgesetz, das namentlich für politische Streiks strenge Strafen vorsieht, hat die innenpolitische Lage des Landes verschärft.

Warschau. Der Papst hat der Gattin und den beiden jugendlichen Töchtern des Marschalls Pilsudski drei kostbare, aus Gold und Edelstein gefertigte Rosenkränze zum Geschenk gemacht.

Oslo. Der Storting hat dem Gesetz über die Aufhebung des Alkoholverbotes in Norwegen seine Zustimmung erteilt. Das Gesetz wird am 2. Mai in Kraft treten.

Der Planener Stresemann-Prozess.

§ 11 a u. n. 6. April.

Die Berichte des damaligen Bevollmächtigten Franz vom 10. November 1921 über die Verschrottungsgeschäfte der Evaporatorgesellschaft in Königsberg werden vorgelegt. Sie belegen die Gefährlichkeit dieser Anlagen.

Junge Leutnant a. D. W. W. W., der in der tragischen Zeit als Angehöriger der Evaporatorgesellschaft die Verschrottung und den Versand der Munition leitete, erklärte, es sei nichts an Polen gegangen, sondern nur ordnungsmäßig delaborierte Munition an einwandfreie Eisenwerke in Böhmen.

Barmat-Prozess.

Lange-Hegermann erläutert seine Schulden. In der weiteren Barmat-Verhandlung zu Berlin machte der Angeklagte Lange-Hegermann über die Schuld von 400 000 Mark bei Barmat folgende Angaben: Für Aufschüttungsgelder habe er 42 000 Mark gebraucht, Minister Dörfle habe 33 000 Mark erhalten, für 106 000 Mark seien Effekten gekauft worden, auf Privatentnahmen entfielen 28 000 Mark.

Neues aus aller Welt

Eine Liebestragödie. In Hamburg fanden Eisenbahnbedienstete auf dem Abstellbahnhof in einem Eisenbahnwagen die Leichen eines 33jährigen Weichenbauers und einer 17jährigen Frau. Beide wiesen Schußverletzungen auf.

Kraftübertragung von der Schweiz nach Baden. Der Schweizer Bundesrat ermächtigte die Aktiengesellschaft Motor Columbus in Baden (Wargau), vorübergehend 14 000 Kilowatt täglicher Kraft an Waldshut (Baden) zu liefern.

Zwölf Personen ertrunken. Wie aus St. Etienne gemeldet wird, ereignete sich auf der Loire ein schreckliches Unglück. Eine mit zwölf Personen besetzte Barke scheiterte.

Unglückliche Gemeindevahlen in Polnisch-Oberschlesien. Die Kommunalwahlen in Gieraltowitz, die vor einiger Zeit stattfanden und bei denen die Deutschen 423 Stimmen und die Polen nur 371 Stimmen erhielten, wurden für ungültig erklärt, weil der polnische Gemeindevorsteher den Wahlakt in betrunkenem Zustande eingeleitet hatte.

Das Grabmal eines deutschen Pfarrers von den Polen zerstört. In Myslowitz wurde auf das Grabmal des Pfarrers Presler, der den Polen als aufrechter deutscher Mann sehr verhasst war, ein Dynamitattentat verübt.

Austausch deutscher und ungarischer Landwirtschaft. Im Zusammenhang mit dem Austausch von jungen deutschen und ungarischen Landwirtschaftlichen sind 40 deutsche Landwirtschaftliche aus den Gegenden von Halle, Leipzig, Weimar und Dresden in Budapest eingetroffen.

Eine beladene Motorjacht gestohlen. In Kopenhagen wurde eine mit Steinen beladene Bornholmer Motorjacht gestohlen, während die Besatzung an Land gegangen war. Ein dänisches Zollfahrzeug beobachtete die Jacht einige Meilen von der schwedischen Küste entfernt und hielt sie an.

Die Berichte des damaligen Bevollmächtigten Franz vom 10. November 1921 über die Verschrottungsgeschäfte der Evaporatorgesellschaft in Königsberg werden vorgelegt. Sie belegen die Gefährlichkeit dieser Anlagen.

4. Kapitel.

„Na, Jolantha, Vögelchen, bist wieder da? Stehst so erregt aus, hast so heiße, rote Wädsche! Der Tee war wohl zu stark bei der da unten, bei der Reinach?“ knurrte der alte Oberleutnant, nicht aber doch der Enkelin wohlwollend zu.

einen Haushalt zu führen! Alles dem Mädchen überlassen, weil beide nichts tun wollen und auch nichts verstehen! Und die Wädsche? Kein ganzes Hemd und dabei voller Spitzen und Einsätze, die halb zerrissen sind! Und die Welt- und Tischwäsche! In heiliger Entrüstung schlug sie die Hände zusammen.

**Stürmische Bürgermeisterwahl in Chicago.** Die englischen Blätter berichten aus Chicago, daß dort bei der Bürgermeisterwahl nicht weniger als 5000 Polizisten mit Panzerwagen und Maschinengewehren aufgebildet waren. Außerdem kam es zu zwei Bombenattentaten und Einführung einer Anzahl Personen, darunter zweier Richter, die als Wahlagente aufgetreten waren, sowie zu anderen Akten von Einschüchterungen. Gewählt wurde zum drittenmal mit starker Mehrheit William Hale Thompson.

### Bunte Tageschronik.

**Krossen.** In Neurehfeld wurde ein junger Mann auf einsamer Straße von mehreren jungen Leuten überfallen und erstochen. Der Hauptbeteiligte an dieser Bluttat, ein Schiffer, wurde verhaftet.

**Breslau.** Der Breslauer Zoo, der in der Inflationszeit aus Geldmangel geschlossen werden mußte, soll jetzt wieder eröffnet werden.

**Leobisch.** In dem Dorfe Leobisch bei Leobisch sind an einem Tage zu verschiedenen Zeiten fünf Scheunen mit sämtlichen darin befindlichen Ernteböden, Erntegeräten, Wagen usw. den Flammen zum Opfer gefallen. Man vermutet Brandstiftung.

**Hannover.** In Abrenfeld erschöß der 17jährige Landwirtssohn Bogels beim Spielen mit einem Gewehr seinen 14jährigen Bruder.

**Heidelberg.** Als auf der Landstraße zwischen Heppenheim und Bensheim zwei Personenkraftwagen in schneller Fahrt einander überholen wollten, versingen sie sich mit den Rädern und überschlugen sich mehrfach. Zwei Insassen waren sofort tot, sechs andere Mitsahrende erlitten schwere Verletzungen.

**Basel.** Am Comersee stürzte sich ein Arbeitslofer mit seinen beiden Kindern im Alter von acht und zehn Jahren ins Wasser. Alle drei ertranken.

**Rom.** Die „Tribuna“ berichtet aus Sizilien, daß mehr als 100 verdächtige Personen verhaftet wurden, darunter auch ein Komar aus Vicaruzzi, der als einer der Führer der Mafia bezeichnet wird.

**Warschau.** Die Warschauer Polizei hat eine Bande von 20 Betrüggern verhaftet, die von dem Vertrieb gefälschter amerikanischer Checks lebte.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Fünf Jahre Zuchthaus** für einen Reichswehrangehörigen. Von dem Stettiner Schwurgericht wurde der 24jährige Reiter Sah vom Reiterregiment 6 in Westwall zu fünf Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere verurteilt. Sah hatte im Januar seine Braut, die sich nach zweijähriger Verlobung von ihm trennen wollte, erschossen und dann auf sich selbst einen Schuß abgegeben, durch den er schwer verletzt wurde.

**Das Urteil** gegen die Raubmörder Damescher. Im Prozeß wegen des Raubmordes an dem Kaufmann Hermann Damescher fällt das Hamburger Schwurgericht folgendes Urteil: Der Angeklagte Karl Griefinger-Stuttgart wird wegen Raubes mit Todesfolge, Diebstahls und schwerer Urkundenfälschung zu dreizehneinhalb Jahren Zuchthaus Gesamtstrafe verurteilt, der Angeklagte Hans Rapphammel-Halle wegen derselben Verbrechen zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte Johann Roth-Hamborn wird freigesprochen.

**Verurteilung** in der westdeutschen Kohlenstiebersache. Das Schöffengericht in Duisburg hat in dem Prozeß gegen Beamte des Emsener Kohlenhandels und zahlreiche Kaufleute aus Duisburg in der bekannten Angelegenheit der Kohlenstiebersachen jeht sieben Angeklagte wegen Diebstahls und Hehlerei zu Gefängnisstrafen bis zu sechs Wochen und Geldstrafen bis zu 100 Mark verurteilt.

**Verurteilung** wegen Hochverrats. Der Arbeiter Hans Holz aus Lübeck wurde vom vierten Strafsenat des Reichsgerichts wegen eines Vergehens nach § 7 des Reichsverfassungsgesetzes (Vorbereitung zum Hochverrat) zu einem Jahr Zuchthaus und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Holz, der Abteilungsleiter des Roten Frontkämpferbundes war, hatte im November v. J. Bertsehungskriften unter Reichswehrsoldaten verteilt.

### Spiel und Sport.

**Der Reichspräsident Ehrenvorsitzender** des Deutschen Offizierschützenvereins in Dresden. Für das vom 27. bis 29. Mai im Künstlerhaus zu Dresden stattfindende 2. Deutsche Offizierschützenfest hat Reichspräsident von Hindenburg den Ehrenvorsitz übernommen.

**Die „6000 Kilometer der Industrie“**, die vom Automobilklub von Deutschland in diesem Jahr geplante große Leistungsprüfung für Tourenwagen, ist vom A. v. D. wieder abgelehnt worden, da die Automobilindustrie die Beteiligung abgelehnt hat. Ebenso wird sich die Industrie, wie weiter bekannt wird, auch gegenüber der Veranstaltung der Reichs- und Alpenfahrt 1927 des A. D. A. G. verhalten.

## Die Frau des Adjutanten

Roman von Fr. Lehne

11. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Seine Lobpreisungen waren nicht ganz nach Celestines Geschmack. Sie verzog den Mund und dachte, die Männer sind doch alle gleich — ob alt, ob jung — auf ein hübsches Gesicht fällt jeder rein!

„War außer dir noch jemand unten Yolantha?“ fragte sie dann.

„Ja, Tautchen, der Leutnant mit einem seiner Kameraden!“

Tante Celestine schlug mit der Hand auf den Tisch — so heftig, daß die Teller und Gläser klapperten. „Dacht ich's doch!“

Verwundert blickten die beiden anderen auf die Erregte.

„Was hast du denn, Tine? fragte der Vater.

„Na, das ist doch klar! Die wollen sich für den verschuldeten Leutnant unsere Yolantha kapern!“

„Verschuldet? Der Leutnant? Weißt du denn das so genau, Tine?“

„Na, alle Leutnants sind verschuldet.“

„Stimmt, Tine! Kenne ich aus eigener Erfahrung,“ schmunzelte der Oberleutnant.

Und der Reinach hi's so sicher wie das Amen in der Kirche. Die ganze Familie steckt ja bis über die Ohren in Schulden, beim Metzger, beim Bäcker und so weiter. Daß unser Vögelschen Geld hat, das haben die da unten bald herausgefrenkt. Als wir eingezogen waren, haben sie uns über die Nase angeschaut und nicht mal auf unseren hübschen Gruß gedankt — und nachher auf einmal diese übertriebene Liebeshörigkeit! Sie hatten gewiß gedacht, ich sei 'ne Wirtschaftlerin oder Köchin — und jetzt meinen sie, sie können und unser Vögelschen wegsangen!“

Am Olympia-Vordereingangsturm für Lang- und Mittelsprengeläufer, den der Verband Brandenburgischer Athletikvereine in der Zeit vom 25. bis 30. April durchführt, nehmen insgesamt 41 Käufer teil, darunter 14 aus der Mark.

Die Frauentagung des Deutschen Schwimmverbandes in Erfurt findet am 15. April statt, nicht, wie von seiten des Schwimmverbandes zuerst bekanntgegeben wurde, am 8. April.

Als Handballmeister der sieben Landesverbände der Deutschen Sportschöre sind ermittelt worden: Süd: S. B. 98 Darmstadt; West: Polizei Remscheid; Nord: Polizei Hannover; Nordost: Schupo Danzig; Brandenburg: Polizei Berlin; Mittel: Polizei Halle; Südost: Polizei Duppeln.

Der Jockey G. Archibald gestorben. Wie aus Newmarket gemeldet wird, ist Jockey George Archibald plötzlich gestorben, nachdem er noch am gleichen Nachmittag im Sattel tätig war. Archibald, von Geburt Amerikaner, kam vor dem Kriege nach Deutschland an den Stall des Freiherrn S. A. v. Oppenheim, für den er mit außergewöhnlichem Erfolge geritten hat.

### Vermischtes

**Samuel Heinicke**, der Begründer des deutschen Taubstummenunterrichts. (Vor 200 Jahren geboren.) Taubstumm und Gehörlose aus allen Teilen Deutschlands hatten sich dieser Tage in Leipzig zu einer Gedenkfeier für den Begründer des deutschen Taubstummenunterrichts, den am 10. April 1727 zu Naustsch bei Weiskensfeld geborenen Samuel Heinicke, zusammengefunden. Aus einfaches Betätigtwerden hervorgegangen, hat Heinicke, der viele Jahre lang Soldat war und den Siebenjährigen Krieg mitgemacht hatte, seinem Leben ein hohes Ziel gesetzt und die Taubstummen einem menschenwürdigen Dasein entgegengeführt. Zu denen, welche ihn förderten, gehörten Klopff und Cramer. Er wurde Lehrer, dann Kantor in Hamburg-Eppendorf und baute eine bewundernswürdige Methode für die Unterweisung von Taubstummen aus. Im Jahre 1778 eröffnete Heinicke, nachdem der Kurfürst von Sachsen ihn in sein Vaterland zurückberufen hatte, in Leipzig die erste deutsche Taubstummenanstalt. Heute besitzt Deutschland allein 73 Taubstummenanstalten. Auch um das Volksschulwesen hat sich Heinicke große Verdienste erworben. Er war einer der ersten, die dem Volksschulsystem des 18. Jahrhunderts energisch entgegenzutreten und namentlich die damalige Buchstabiermethode bekämpften. Seine Bücher, vor allem seine Schulbücher, haben kulturhistorischen Wert. In Leipzig und in Hamburg-Eppendorf sind dem ausgezeichneten Manne Denkmäler errichtet worden.

„Stimmrecht für Badische.“ In England haben Frauen, die älter sind als dreißig Jahre, das aktive und passive Wahlrecht. Nun möchte man das Frauenstimmrecht auch auf jüngere Damen ausdehnen: Einundzwanzigjährige schon sollen es haben. Die öffentliche Meinung aber und gewisse Parlamentarier sind damit durchaus nicht einverstanden und man hat spöttisch das Wort „Stimmrecht für Badische“ geprägt, obwohl auch der bekannte „stärkste Mann“ nicht behaupten kann, daß ein Fräulein von 21 Jahren oder gar von „Schier dreißig“ ein Badisch sei. Die englischen Frauen im jugendlichen Alter von „bis dreißig“ ärgern sich denn auch furchtbar über die Verhöhnung, und ein Frauenverein, der sich „Junge Suffragette“ nennt, hat bereits an den Ministerpräsidenten Baldwin einen geharnischten Protest gerichtet und Benutzung verlangt.

Der Dichter des „Den Hur“. (Zum 100. Geburtstag.) Vor hundert Jahren, am 10. April 1827, wurde zu Brookville in Indiana Lewis Wallace geboren. Er ist berühmt geworden durch seinen historischen Roman „Den Hur“, der in der Folgezeit eines der meistgelesenen Bücher der Weltliteratur geworden und neuerlich als Film durch zahllose Kinos Europas und Amerikas gezogen ist. Dabei verdient dieser Roman „aus der Zeit Christi“ seinen Ruhm keineswegs, denn Wallace bleibt auf der Oberfläche und bringt nicht in den Geist der von ihm geschilderten Zeit ein. Noch übersichtlicher als „Den Hur“ sind die anderen Romane des Amerikaners, der von Beruf Jurist war und im amerikanischen Bürgerkrieg zum Generalmajor aufstieg. Nach dem Kriege widmete sich Lewis Wallace der Politik: er wurde Gouverneur von Utah und war dann vier Jahre lang amerikanischer Gesandter in Konstantinopel. Im Jahre 1905 ist er gestorben.

„Es fragt sich nur, Tautchen, ob das Vögelschen sich auch wegsangen läßt! Dazu gehören zwei! Und ich habe noch immer gewußt, was ich will!“

„Aber der Benno — so heißt er ja wohl — ist ein hübscher Junge! — Ich hab' ihn einmal gesehen — da kommt er, die Mäße so recht schief und unternehmend auf dem Ohr, die Augen funkelnd vor Übermut und Leichtsin, und ihr jungen Mädel —“

Yolantha lachte herzlich auf. „Wenn das deine Sorge ist! Ich bin doch keine sechzehn Jahre mehr, daß ich mich in den ersten besten Leutnant vergasse, bloß weil er ein hübsches Gesicht und blaue Augen hat! Rein — so bin ich nicht — und wenn es dich beruhigt, will ich dir die heilige Versicherung geben, daß mir der hübsche Benno gar nicht imponiert, so sehr er sich auch aufspielt! Da ist mir sein Freund, der Oberleutnant und Adjutant Altorf viel lieber!“

Der Oberleutnant horchte auf.

„Wie sagtest du — Altorf?“

„Ja, Großpapa.“

„Ob der wohl ein Sohn von Peter Heinrich Altorf von Groß-Laban ist? — Weißt du zufällig, wo er her ist?“

Yolantha verneinte lächelnd. „Ich weiß es nicht, Großpapa. Ich weiß überhaupt nichts von ihm — nur eben, daß er existiert. Er hat wenig gesprochen, macht aber einen gediegenen Eindruck.“

„Im — wenn hier ein Sohn von meinem alten Kriegskameraden lebt, so —“

„Ich kann ja Leonie Reinach fragen, Großpapa.“

„Das wirst du hübsch bleiben lassen, Kind!“ entgegnete der Oberleutnant. „Selbst ist der Mann! Wenn du gegessen hast, schreibst du an ihn.“

„Ja, Großpapa?“ Ein helles Rot huschte über ihr Gesicht.

Das Wasser der deutschen Gesandtschaft in Wien. Die deutsche Gesandtschaft in Wien hatte Ärger mit ihrem Wasser, und die Gerichte mußten sich einmischen. Während bis zu einem gewissen Zeitpunkt in der Gesandtschaft täglich nur zwei Kubikmeter Wasser verbraucht wurden, stieg der Verbrauch ganz plötzlich auf 33, ja sogar auf 40 Kubikmeter pro Tag, so daß man auf den Gedanken kommen konnte, die ganze Gesandtschaft schmelze in Leitungswasser. Die Ursache des unheimlichen Wasserverbrauchs konnte zunächst nicht festgestellt werden. Einmal Tages aber machte man die Entdeckung, daß ein Absperrungsbahn undicht geworden war und daß durch diesen das Wasser verquillt ins Besenlofe abfloß. Inzwischen war aber die Wasserrechnung eingetroffen, und es ergab sich, daß die Gesandtschaft für das „Rehr-Wasser“ 1396 Schilling zahlen sollte. Dagegen lehnte sie sich auf mit der Begründung, daß sie für den undichten Wasserhahn nicht verantwortlich sei und daß das Wasserwerk den Fehler hätte merken und abstellen müssen. Schließlich brachte man heraus, daß der Wasserhahn durch Berg gesichert gewesen war, daß aber die Matten, von denen es in der Gesandtschaft einige hundert geben soll, die Bergumhüllung aufgeessen hatten. Trotzdem sah sich der Verwaltungsgerichtshof, der den Fall zu entscheiden hatte, nicht veranlaßt, die der Gesandtschaft vorgelegte Wasserrechnung zu kürzen. Wir werden also die 1396 Schilling an Wien zu zahlen haben.

Ufertagung des Evangelischen Reichsleitersbundes. Der Evangelische Reichsleitersbund (Reichsverband Evangelischer Eltern- und Volksvereine), der als die Großorganisation der Elternbewegung in achtzehn Landes- und Provinzialverbänden circa 4000 Ortsgruppen zählt, tritt am Osterdienstag in Hildesheim zu seiner großen Tagung zusammen. Die herannahende Entscheidung über das Reichsschulgesetz im Zusammenhang mit der verändernden schulpolitischen Lage gibt der Osteragung des Elternparlamentes in diesem Jahre ihr besonderes Gesicht. Im Mittelpunkt der Aussprache steht das Thema: „Staatsautorität und Gewissensfreiheit“, über das der bekannte Rechtslehrer an der Universität Greifswald, Professor Dr. Holstein, referieren wird. Den Bericht über die schulpolitische Lage erstattet Lic. Sinderer, Berlin. — Der zweite Verhandlungstag ist Fachtagungen über die Fragen: höheres Schulwesen, Elternbeiträge, Kirche und Schule, sowie Berufsschulen gewidmet. Den Beschluß des Reichsleitersbundes macht eine öffentliche Kundgebung in der Stadthalle, bei der der bekannte Jugendforscher Universitätsprofessor Wilhelm Stähling-Künster über „Jugend und Alter“ sprechen wird.

### Rundfunk-Programm

Rundfunk Leipzig (Welle 365,8), Dresden (Welle 294).

Freitag, 8. April. 4.30: Konzert. Dir. Hilmar Weber. 6.05: Aus neuen Büchern. 6.55: Prof. Dr. Stein: „Die Tage der Genossenschaft“. 7.20: Dir. Jannott: „Die Halbschulverhältnisse — ein Schulbündnis“. 8.15: Alte Musik. Wilm. Völke Kamla-Beterien (Beland), Leo Schwarz (Violine), Günther Kamla (Cembalo). Dänkel: Chaconne (G-Dur). Pergolesi: Preludium für Violine und Cembalo. — Stefani: Aria der Salmira aus „Alcina“. — Kubau: „Der Streit zwischen David und Goliath“, aus „Musi. Vorstellungen einiger bibl. Historien in 6 Sonaten auf dem Clavichord“. 1. Das Vordem und Troben des Goliath. 2. Das Ältern der Israeliten und ihr Gebet zu Gott bei dem Anblicke dieses abentheuerlichen Feindes. 3. Der Herbarität Davids, dessen Begierde, dem Riesen den hölzeren Hut zu brechen, und das himmlische Vertrauen auf Gottes Hilfe. 4. Die zwischen David und Goliath gewechselten Streikworte, und den Streit selbst, dabei den Goliath den Stein in die Stirne geschleudert, und er dadurch getötet, und gar getötet wird. 5. Die Flucht der Philister, inwiefern sie ihnen die Israeliten nachjagen, und sie mit dem Schwerte erwidern. 6. Das Prologium der Israeliten über diesen Sieg. 7. Das aber dem Lobe Davids von den Weibern derweil mitgeleitete Konzert. 8. Und endlich die allgemeine in lauten Tönen und Springen sich ändernde Freude. — Dänkel: Aria aus „Ottone“. — Veracini: Sonate für Violine und Cembalo. — Dänkel: Aria aus der Oper „Admeto“. — J. S. Bach: Chromatische Phant. und Fugate für Cembalo. 10.15: Rundfunk.

Freitag, 8. April.

Berlin Welle 484, 566.

3.30: Annä Juliane Richter: Der Stil der reifen Frau. \* 4.00: Dr. Rud. Wegner, Leiter des Berliner Planetariums: Optische Erscheinungen in der Atmosphäre. \* 4.30-5.00: Rapelle Gebirder Steiner. \* 6.25: Dr. A. Schrotter: Weltkulturen im Spiegel ihrer poetischen Formen (Die germanische Dichtform). \* 6.55: Prof. Dr. Ph. Sein: Das deutsche Genossenschaftswesen. \* 7.20: Dr. med. Leo Jacobsohn: Die Bedeutung des Rundfunks für den Gesunden und Kranken. \* 7.45: Oberreichsanwalt L. R. Prof. Dr. Ebermayer, Leipzig: Das künftige deutsche Strafrecht (Strafe und Strafvollzug). \* 8.15: Rud. Kallner: Einführung zu dem nachfolgenden Orchesterkonzert. \* 8.30: Klavierkonzerte. Winifred Christle. \* 9.15: 200 Jahre Orchestermusik. Dirigent: Prof. Arnold Schönberg. Pelleas und Melisande, sinfonische Dichtung Op. 5 von Schönberg. Berliner Kammerorchester.

„Ja, du — und ich diktiere.“

„Aber, Papa, das geht doch nicht! Bedenke, einem wildfremden Menschen!“ warf Celestine ärgerlich ein.

„Das wird sich zeigen! Wenn's wirklich der Sohn von meinem alten Kriegskameraden ist, mit dem ich zusammen so oft dem Tod ins Auge gesehen, so ist er mir nicht wildfremd.“

„Altorf gibt es mehr, und so auf den bloßen Namen hin —“

„Deshalb eben schreibt das Kind. — Seid ihr fertig? — Also Maßzeit! — Tine, deine Ganslebern waren grobartig, doch fürchte ich —“ er rief sich die Wangen gegen und stand dann schwermütig auf — „gib mir lieber doch 'nen Rognal.“

„Aber Papachen!“

„Ja, ja, bloß einen! — Also, Vögelschen, mach' dich bereit zum Schreiben.“

Yolantha setzte sich an den Schreibtisch, nahm einen Briefbogen und wartete, was der Großpapa sagen würde. Es war ihr peinlich, ja fast unendlich peinlich, daß sie sich für den fremden Offizier zu schreiben. Aber der Großpapa handelte oft so impulsiv.

Der alte Herr sann einen Augenblick, paffte dann aus seiner Pfeife einige mächtige Rige, die ihn in eine dicke Rauchwolke hüllten und diktierte: „Sehr geehrter Herr v. Altorf! Wenn Sie etwa ein Sohn von Peter Heinrich Altorf von Großlaban sind, wäre es mir sehr erwünscht, Ihre Bekanntschaft zu machen und ich bitte Sie gelegentlich um Ihren Besuch, um den Sohn meines alten Kriegskameraden kennen zu lernen.“ — „So, Vögelschen, bist du fertig? Nun noch die Unterschrift. Amalie kann den Brief gleich noch in den Kasten stecken. Bin wirklich neugierig, ob er es ist.“

(Fortsetzung folgt.)

gestrichelt am besten mit  
reiner weißer Gießmilch und Zugluft  
einmal wässern. Sämtlich mit der  
Hand abreiben. Das  
bestimmen Sie  
für  
Hilf  
Hilf  
Hilf



